Christian Angerer / Maria Ecker

Nationalsozialismus in Oberösterreich

Opfer . Täter . Gegner

Nationalsozialismus in den
österreichischen Bundesländern

herausgegeben von Horst Schreiber
im Auftrag von _erinnern.at_
www.erinnern.at

Band 6

erinnern.at

Christian Angerer / Maria Ecker

Nationalsozialismus in Oberösterreich

Opfer . Täter . Gegner

StudienVerlag
Innsbruck
Wien
Bozen

© 2014 by Studienverlag Ges.m.b.H., Erlerstraße 10, 6020 Innsbruck
E-Mail: order@studienverlag.at
Internet: www.studienverlag.at

Gedruckt mit Unterstützung durch das Bundesministerium für Bildung und Frauen/Abteilung für internationale bilaterale Angelegenheiten, den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, den Zukunftsfonds der Republik Österreich, das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, Direktion Kultur, die Stadt Linz, Arbeiterkammer Oberösterreich, Abteilung Bildung, Jugend und Kultur, ICHEIC Humanitarian Fund und Yad Vashem – The Holocaust Martyrs' and Heroes' Remembrance Authority/The International School for Holocaust Studies sowie das Renner-Institut.

Umschlag, Layout, Satz: Willi Winkler, neusehland.at
Umschlagbild: Abstimmungslokal in der Schubertstraße in Linz bei der Volksabstimmung am 10. April 1938, Foto: Archiv der Stadt Linz.
Registererstellung durch die AutorInnen

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlor- und säurefrei gebleichtem Papier.
Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7065-5212-7

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder in einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.
Verlag, Autor und Autorin haben sich bemüht, alle RechteinhaberInnen von Abbildungen ausfindig zu machen. In einzelnen Fällen war dies nicht möglich. Wir bitten Sie daher, dem Verlag gegenüber bestehende Ansprüche geltend zu machen.

Inhalt

Editorial

Werner Dreier, Horst Schreiber: Vorwort 13

National-sozialismus in Oberösterreich

Oberösterreich 1918–1938 17
Wie entsteht die Erste Republik Österreich? 17
Warum bekämpfen sich die politischen Lager? 22
Warum kommt es zum Aufstieg des Nationalsozialismus? 26
Wie endet die Demokratie in Österreich? 32
Was ist der „Ständestaat“? 34
Heinrich Gleißner: Vom Austrofaschisten zum Demokraten 41
Johann Stadt: Ein früher und später Nationalsozialist 44
Hedda Wagner: Für Frauenbildung und Frauenrechte 46

Machtübernahme der Nationalsozialisten: Begeisterung und Verfolgung 49
Wie gelangen die Nationalsozialisten an die Macht? 49
Wie geht der „Anschluss“ vor sich? 55
Wie steht die oberösterreichische Bevölkerung nach dem „Anschluss“ zum Nationalsozialismus? 64
Was geschieht mit den Gegnern und Gegnerinnen beim „Anschluss“? 67
Ludwig Bernegger: Eines der ersten NS-Opfer 1938 69
Helga Donath: Von der Nationalsozialistin zur „Halbjüdin“ 71
August Eigruber: Gauleiter von Oberdonau 73
Franz Peterseil: Als NS-Täter davongekommen 75
Ferdinand Rydl: Anpassung an den Nationalsozialismus 77

Aufbruchsstimmung und neue Zwänge 79
Wie wird die Arbeitslosigkeit beseitigt? 79
Was begeistert die Menschen am Nationalsozialismus? 84
Welche Rollen sollen Frauen einnehmen? 90
Wie geht es der Bauernschaft und den landwirtschaftlichen Hilfskräften? 93
Wie verhalten sich die Kirchen? 96
Maria Schicho: Die oberste Frau in Oberdonau 99
Josef (Sepp) Teufl: Arbeiterführer im Widerstand 101

Linz – „Patenstadt des Führers“ 105
Warum hat Linz im Nationalsozialismus eine besondere Bedeutung? 105
Welche Pläne verfolgt Adolf Hitler mit Linz? 108
Adolf Hitler: Jugendjahre eines Diktators 115
Franz Kinzl: Vom Nationalsozialisten zum Kommunisten 118
Franz Langoth: Der Mythos vom „guten Nazi“ 120

Jugend und Schule 123
Was beabsichtigt Erziehung im Nationalsozialismus? 124
Wie verändert sich die Schule im Nationalsozialismus? 125
Wie ergeht es den jüdischen Schülern und Schülerinnen? 131
Wie erleben die jungen Menschen HJ und BDM? 132
Welche Aufgaben übernehmen die Jugendlichen im Krieg? 139
Elfriede Ecker: Schülerin der NAPOLA 143
Wilhelm Gärtner: Ein Humanist wird Nationalsozialist 145
Brunhilde Hörrack: Schule und BDM 147
Helmut J. Kislinger: Heldenträume in der HJ 149
Richard Mendler: „Ich hatte keine Freunde mehr“ 151

Krieg und Alltagsleben 153
Wie verläuft der Krieg? 153
Wie werden die Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen vom Krieg abgelenkt? 158
Wie steht es um die Versorgung mit Nahrungsmitteln? 161
Welche Bedeutung haben Frauen im Arbeitseinsatz? 163
Wie wirkt sich der Bombenkrieg auf Oberösterreich aus? 166
Wie endet der Krieg in Oberösterreich? 170
Josef (Sepp) Gamsjäger: Vom Nationalsozialisten zum Deserteur 175
Ferdinand Humer: Ein Soldat, der von den Verbrechen erzählt 177
Grete Wernitznigg: NS-Sympathisantin und Sozialdemokratin 179

Zwangsarbeit 181
Wie entsteht in Oberdonau eine Großindustrie? 182
Wer sind die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen und wo werden sie eingesetzt? 185
Wie werden die ausländischen Arbeitskräfte behandelt? 186
Was geschieht mit den Kindern der Zwangsarbeiterinnen? 190
Aloisia Hofinger: Verliebt in einen Zwangsarbeiter 193
Imelda Marinelli: Leiterin des „fremdvölkischen Kinderheimes“ Schloss Etzelsdorf 195

NS-Euthanasie: Tötung von psychisch Kranken und Behinderten 197
Welche Vorgeschichte hat die Ermordung psychisch Kranker und Behinderter? 197
Welche Folgen hat das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“? 199
Was ist NS-Euthanasie und wie wird sie durchgeführt? 201
Was geschieht im Schloss Hartheim? 204
Was ist unter „wilder Euthanasie“ zu verstehen? 209
Was geschieht mit den Tätern und Täterinnen nach 1945? 211
Helene Hintersteiner: Gewissenhafte Bürokraft der Tötungsanstalt 212
Johann Hocheneder: Ermordet in Schloss Hartheim 214
Rudolf Lonauer: Leiter der Tötungsanstalt Hartheim 216

Das Konzentrationslager Mauthausen 219
Wie kommt es zur Errichtung des KZ Mauthausen? 221
Welche Menschen werden im Lagersystem Mauthausen eingesperrt? 223
Wer sind die Bewacher und Bewacherinnen? 229
Welche Lebensbedingungen herrschen im KZ Mauthausen? 233
Wo entstehen Außenlager des KZ Mauthausen? 237
Wie werden Menschen im Lager ermordet? 240
Was hat die Bevölkerung mit den Konzentrationslagern zu tun? 242
Wie leisten Häftlinge Widerstand? 244
Wie werden die Lager des KZ-Systems Mauthausen befreit? 246
Johann Gruber: Der Weg eines Unbequemen 249
Maria Langthaler: Die entschlossene Helferin 252

Otto Pensl: Ein Spitzensportler im kommunistischen Widerstand 255
Johanna Rittenschober: Die Augenzeugin 257

Die Verfolgung der Roma und Sinti 259
Wer sind die Roma und Sinti? 259
Wie ergeht es Roma und Sinti vor der NS-Zeit? 260
Wie werden Roma und Sinti im Nationalsozialismus verfolgt? 263
Sidonie Adlersburg: „Zigeunerkind“ unerwünscht 269
Kassian (Christian) Lichtenberger: Kontrolliert, verfolgt, ermordet 271
Herbert Schäringer: Ein ehrgeiziger Beamter 273

Der Völkermord an den Juden und Jüdinnen 275
Woher kommt die Judenfeindschaft? 275
Wie lebt die jüdische Bevölkerung in Oberösterreich vor 1938? 277
Wie ändert sich das Leben der jüdischen Bevölkerung nach dem „Anschluss“? 281
Was sind „Arisierungen“? 284
Was geschieht beim Novemberpogrom? 287
Wohin wird die jüdische Bevölkerung Oberösterreichs vertrieben? 289
Wie kommt es zum Massenmord an Juden und Jüdinnen? 290
Wie ergeht es den oberösterreichischen Juden und Jüdinnen im Holocaust? 293
Was wussten die Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen über den Holocaust? 296
Adolf Eichmann: Organisator des Holocaust 298
Agathe Kronberger: In Auschwitz ermordet 300
Maria Mandl: Aufseherin in Auschwitz 302
Hermann Schneeweiß: Als Jude aus der Heimat vertrieben 304
Theresia Stangl: An der Seite eines Täters 306

Widerstand 309
Aus welchen Gründen gibt es Widerstand gegen das NS-Regime? 309
Weshalb ist Widerstand im Nationalsozialismus schwierig? 312
Wer leistet in Oberösterreich Widerstand? 313

Wie hängen Widerstand und Kriegsende zusammen? 322
Leopold Engleitner: Ein willensstarker Zeuge Jehovas 325
Franz Jägerstätter: Bauer – Katholik – Wehrdienstverweigerer 327
Theresia (Resi) Pesendorfer: Kommunistische Kämpferin im Hintergrund 330
Ferdinand Roitinger: Der „Andreas Hofer von Weibern“ 332

Von der NS-Vergangenheit zur Gegenwart 335
Wie entsteht die Zweite Republik? 336
Welche Lebensverhältnisse herrschen im Oberösterreich der Nachkriegszeit? 342
Wie geht die Nachkriegsgesellschaft mit der NS-Vergangenheit um? 347
Wie entwickelt sich die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit bis heute? 350
Welche Gedenkstätten für die Opfer der NS-Zeit entstehen in Oberösterreich? 353
Richard Groher: Lange „vergessenes“ Opfer 358
Peter Kammerstätter: Forscher und Volksbildner 360

Anhang

Anmerkungen 365
Quellen und Literatur 375
Sach- und Personenlexikon 383
Personenregister 407
Ortsregister Oberösterreich 415
Danke 419
Autor und Autorin 421

Von der NS-Vergangenheit zur Gegenwart

Der Nationalsozialismus bricht mit der Niederlage des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 zusammen. Der Großteil Oberösterreichs ist von amerikanischen Truppen besetzt, während die sowjetische Armee in das östliche Mühlviertel und in die Gebiete östlich der Enns einrückt. Mitte Mai 1945 organisieren die US-Amerikaner den politischen Neuanfang in Oberösterreich. Aber schon mehr als zwei Wochen zuvor, Ende April 1945, hat sich in dem von der Roten Armee eroberten Wien eine provisorische österreichische Regierung gebildet.[403]

Wie entsteht die Zweite Republik?

Die provisorische Regierung Renner

Der Sozialdemokrat Karl Renner, Mitbegründer und erster Regierungschef der Ersten Republik, stellt im Einvernehmen mit den Sowjets eine Regierung aus Angehörigen der drei neu gegründeten politischen Parteien zusammen: der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ), der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), wie sich die ehemaligen Christlichsozialen jetzt nennen. Die Westmächte betrachten diese „österreichische Regierung von Gnaden der Sowjets" argwöhnisch.[404] Schließlich wird sie im Oktober 1945 vom Alliierten Rat anerkannt. Im Alliierten Rat üben die vier Besatzungsmächte UdSSR (Sowjetunion), USA, Großbritannien und Frankreich die oberste Gewalt in Österreich aus. Sie teilen sich die Macht, doch es zeichnen sich bereits die politischen Spannungen zwischen der UdSSR und den westlichen Verbündeten ab, die wenige Jahre später in den Kalten Krieg führen.

Die Besatzungszonen – zweigeteiltes Oberösterreich

Österreich wird im Juli 1945 in vier Besatzungszonen unterteilt: Französische Truppen ziehen in Vorarlberg und Tirol ein, die britische Armee besetzt Kärnten und die Steiermark, die US-amerikanische Besatzungszone umfasst Salzburg und Oberösterreich südlich der Donau (einschließlich des Ausseerlandes), und die Sowjetunion besetzt das Mühlviertel (von dem Südböhmen wieder abgetrennt wird), Niederösterreich und das Burgenland. In der Hauptstadt Wien sind alle vier Besatzungsmächte vertreten.

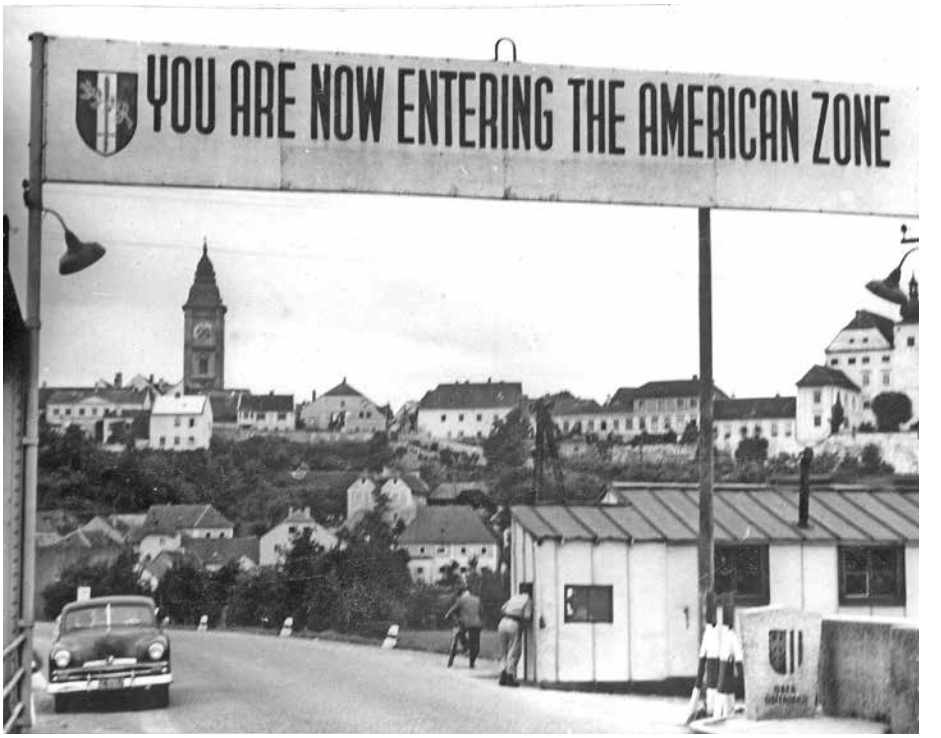
Die Zonengrenze an der Donau bedeutet die Zweiteilung Oberösterreichs und der Stadt Linz. Bis 1953 befinden sich militärische Kontrollposten an den Linzer Brücken. Anfangs ist der Übertritt nur mit Passierscheinen möglich, die oft mühsam zu beschaffen sind. Die 16-jährige Frieda Moshammer aus Aigen-Schlägl studiert ab 1946 an der Lehrerbildungsanstalt in Linz. Sie borgt ihrer Mutter den Passierschein für die Brücke: „Wir sahen uns zwar ähnlich, aber wie eine 16jährige sah sie dann doch nicht mehr aus. Auf der Rückfahrt entlarvte sie der russische Posten. Sie mußte damit rechnen, tagelang bei Verhören festgehalten zu werden. Auch sind Frauen bei solchen Gelegenheiten schon verschleppt worden. Meine Mutter wendete aber ihre gesamte Überredungskunst auf, sodaß sie mit heiler Haut davonkam."[405]

Schlimme Erfahrungen der Besatzungszeit von 1945 bis 1955 prägen sich bei den Menschen stark ein. Die Klage über die „Leiden in der Besatzungszeit" drängt

Sowjetischer Kontrollposten an der Nordseite der Linzer Nibelungenbrücke. Die Nibelungenbrücke ist zunächst die einzige Verbindung zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Zone. (Foto: Oberösterreichisches Landesarchiv)

das Nachdenken über die eigene Beteiligung am Nationalsozialismus in den Hintergrund.[406] Sowohl in der österreichischen Bevölkerung als auch in der Politik setzt sich ab 1945 eine Haltung durch, die der Geschichte nicht gerecht wird: Die Österreicher und Österreicherinnen seien Opfer des Nationalsozialismus gewesen.

US-amerikanischer Kontrollposten an der Südseite der Linzer Nibelungenbrücke (Foto: Oberösterreichisches Landesarchiv)



Die Zonengrenze an der Brücke bei Enns. Im April 1951 wird hier der 20-jährige Mechaniker Hartmut Fechner aus Enns von den Sowjets verhaftet. Das sowjetische Militärtribunal in Baden verurteilt ihn wegen „Spionagetätigkeit für den US-amerikanischen Geheimdienst CIC“ zum Tode.[407] Im August 1951 wird er in Moskau erschossen. Hartmut Fechner ist einer von über 100 Österreichern und Österreicherinnen, die dem stalinistischen Terror im Kalten Krieg zum Opfer fallen. (Foto: Österreichische Nationalbibliothek)

Opfermythos: Eine „Lebenslüge“ der Zweiten Republik

Am 27. April 1945 beschließen SPÖ, ÖVP und KPÖ in Wien – weiter westlich kämpft noch die Wehrmacht und die SS mordet noch im KZ Mauthausen – die Wiederherstellung der demokratischen Republik Österreich. Diese österreichische Unabhängigkeitserklärung enthält den Satz, dass die „nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers“ „das macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt hat, den kein Österreicher jemals gewollt hat“.[408] Österreich wird als unschuldiges Opfer des Nationalsozialismus dargestellt. Das ist eine „Halbwahrheit“.[409] Wahr daran ist, dass der österreichische „Ständestaat“ 1938 durch einmarschierende deutsche Truppen beseitigt wurde. In diesem Punkt können sich die Politiker auch auf die Moskauer Deklaration 1943 berufen, in der die alliierten Außenminister Österreich als erstes Opfer der deutschen Aggressionspolitik bezeichnen. Unwahr ist jedoch, dass die österreichische Bevölkerung „macht- und willenlos“ war: Es gab eine starke österreichische NS-Bewegung, große Teile der Bevölkerung stimmten dem Nationalsozialismus begeistert zu, viele Österreicher und Österreicherinnen beteiligten sich aktiv an den NS-Verbrechen. Jener Teil der Moskauer Deklaration, der von Österreichs Mitverantwortung für Krieg und Befreiung spricht, wird am Ende der Unabhängigkeitserklärung zwar erwähnt, aber für bedeutungslos erklärt.

Am Beginn der Zweiten Republik steht eine „Lebenslüge“.[410] Sie dient Österreich dazu, sich von Deutschland zu distanzieren und eine selbständige Entwicklung einzuschlagen. Überzeugend wirkt die österreichische Opferrolle dadurch, dass viele Politiker der jungen Zweiten Republik tatsächlich aus der KZ-Haft und den Gefängnissen kommen.

Die Besatzung

Aus einer Opferrolle heraus erwarten weite Teile der Bevölkerung, dass sie von den Siegern nicht als Besiegte, sondern als Befreite behandelt werden. Doch für die einmarschierenden Alliierten sieht das anders aus. Sie erobern ein Land, in dem schreckliche Verbrechen begangen wurden und das sich heftig zur Wehr setzt. Oberösterreich gilt für die Amerikaner über das Kriegsende hinaus als „Frontgebiet“.[411] Härte vergelten sie mit Härte. Am 14. Mai 1945 liefern sie 15.000 Angehörige der Waffen-SS und Wehrmachtssoldaten, die sich nach der Kapitulation Richtung Westen geflüchtet haben, an die Sowjets aus und treiben sie von Gallneukirchen bis Lest bei Freistadt. Die Gemeindechronik Unterweitersdorf berichtet darüber: „Da die jungen Leute infolge Hungers und des heißen Tages sehr erschöpft waren, wurden manche ohnmächtig und stürzten zusammen. Sie wurden von den Amerikanern auf der Stelle erschossen. (…) Auf der Straße von Gallneukirchen bis Pregarten sind 28 Soldaten erschossen worden.“[412]

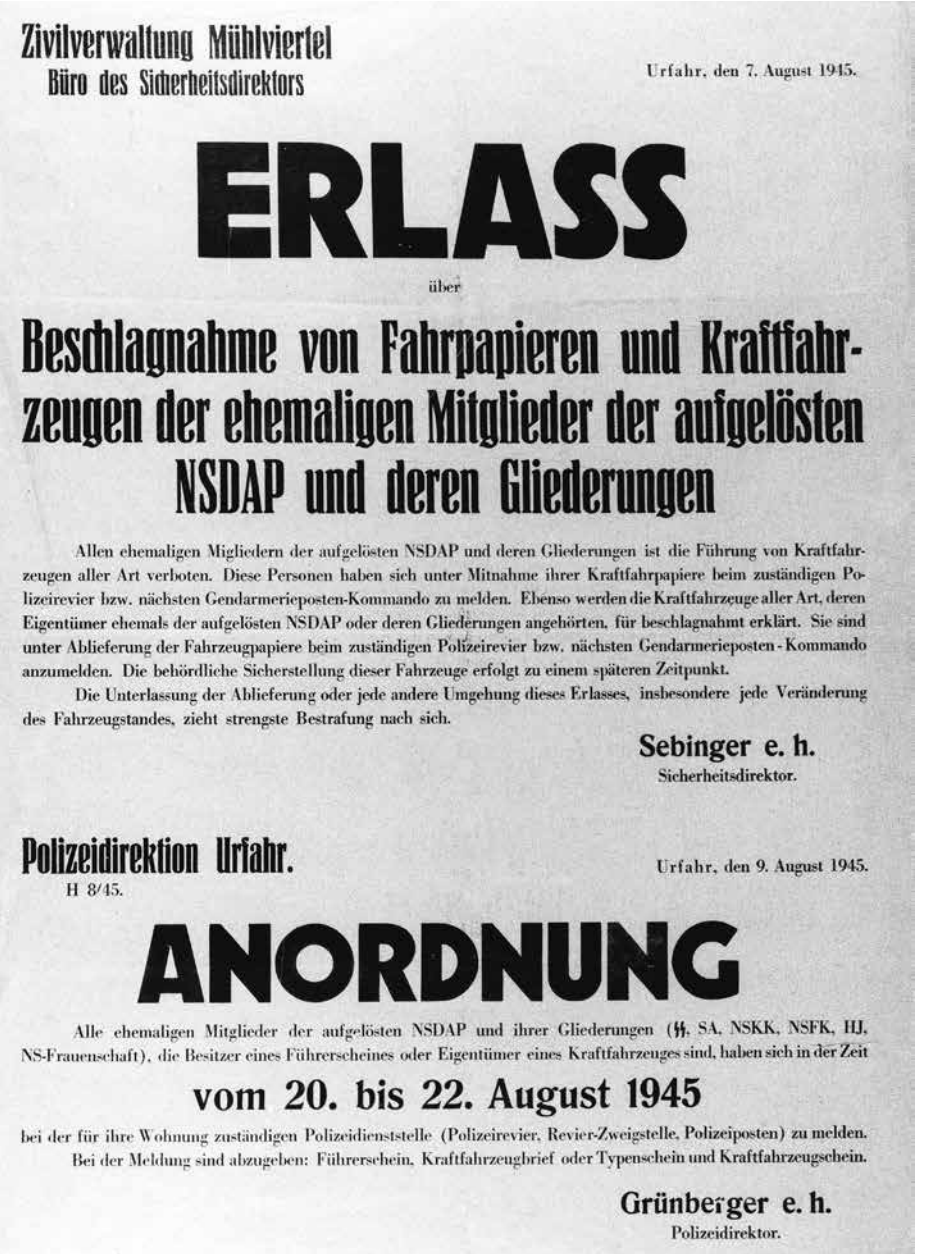
Die Besatzungssoldaten bringen nicht nur das Ende des Krieges ins Land, sondern auch Fälle von Plünderungen und Vergewaltigungen. Besonders betroffen davon ist das sowjetisch besetzte Mühlviertel im ersten halben Jahr der Besatzung. Über 15.000 Soldaten lagern im Raum Freistadt, sie versorgen sich zum Teil aus dem besetzten Land. Einer von zahlreichen Fällen: „Eine Streife von drei Männern in russischer Uniform forderte bei mehreren Bauern (…) die Herausgabe einer Kuh."[413] Für den Bezirk Freistadt ermittelt die Gendarmerie: „Von Mai bis 31. Dezember 1945 kamen 6344 Plünderungen und Ausschreitungen vor, 861 Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt, 189 Personen wurden verletzt (…). Außerdem waren bis Mitte Jänner 1946 25 Todesopfer aus den Reihen der Zivilbevölkerung zu beklagen."[414] Eine hohe Dunkelziffer ist anzunehmen. Verantwortlich gemacht werden meist sowjetische Soldaten, teilweise auch ehemalige KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter.

Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen erfahren in diesen Fällen Unrecht und Gewalt. So verfestigt sich ihre Überzeugung, dass sie zum zweiten Mal Opfer werden: zuerst des Nationalsozialismus, dann der Besatzung. Diese Sichtweise blendet die Ursachen der Gewaltspirale aus, die nationalsozialistischen Verbrechen. In einem beiläufigen Satz berichtet der Freistädter Bezirkshauptmann über den sowjetischen Bezirkskommandanten Major Tigran Sacharjan, einen der vielen korrekten sowjetischen Besatzungssoldaten: „Seine Frau, eine Ukrainerin, seine beiden kleinen Kinder, ein Bub und ein Mädchen, sowie seine Schwiegereltern wurden, so erzählte er mir, von deutschen SS-Angehörigen ermordet."[415]

Einheit des Landes, Eintracht der Parteien

Die US-amerikanische Militärregierung in Oberösterreich setzt eine provisorische Landesregierung ein, zunächst vorwiegend aus Beamten, nach der Zulassung der politischen Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ im Frühherbst aus Politikern. Doch diese oberösterreichische Landesregierung gilt nur für den amerikanisch besetzten Teil des Landes – nicht für das sowjetisch besetzte Mühlviertel. Die Einheit des Bundeslandes steht auf dem Spiel. Oberösterreichische Politiker aller drei Parteien handeln rasch. Sie bilden in Absprache mit den Alliierten und mit der Regierung in Wien die Zivilverwaltung Mühlviertel. An ihrer Spitze steht als Staatsbeauftragter der Bauer Johann Blöchl aus Lasberg. Er erwirbt sich durch sein unerschrockenes Auftreten gegenüber den Sowjets großes Ansehen bei der Mühlviertler Bevölkerung.

Am 25. November 1945 finden die ersten Wahlen zum Nationalrat und zum Landtag statt. Nicht wahlberechtigt sind die österreichweit rund 540.000 festgestellten ehemaligen NSDAP-Mitglieder. Für den Nationalrat erhält die ÖVP 50 % der Stimmen, die SPÖ 45 % und die KPÖ 5 %. Bundeskanzler Leopold Figl bildet eine Regierung aus allen drei Parteien. Die beiden großen politischen Lager, die sich in der Ersten Republik bekämpft haben, gehen nach der Erfahrung des Nationalsozialismus den Weg der Zu-



Zivilverwaltung Mühlviertel
Büro des Sicherheitsdirektors

Urfahr, den 7. August 1945.

ERLASS

über

Beschlagnahme von Fahrpapieren und Kraftfahrzeugen der ehemaligen Mitglieder der aufgelösten NSDAP und deren Gliederungen

Allen ehemaligen Migliedern der aufgelösten NSDAP und deren Gliederungen ist die Führung von Kraftfahrzeugen aller Art verboten. Diese Personen haben sich unter Mitnahme ihrer Kraftfahrpapiere beim zuständigen Polizeirevier bzw. nächsten Gendarmerieposten-Kommando zu melden. Ebenso werden die Kraftfahrzeuge aller Art, deren Eigentümer ehemals der aufgelösten NSDAP oder deren Gliederungen angehörten, für beschlagnahmt erklärt. Sie sind unter Ablieferung der Fahrzeugpapiere beim zuständigen Polizeirevier bzw. nächsten Gendarmerieposten-Kommando anzumelden. Die behördliche Sicherstellung dieser Fahrzeuge erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Die Unterlassung der Ablieferung oder jede andere Umgehung dieses Erlasses, insbesondere jede Veränderung des Fahrzeugstandes, zieht strengste Bestrafung nach sich.

Sebinger e. h.
Sicherheitsdirektor.

Polizeidirektion Urfahr.
H 8/45.

Urfahr, den 9. August 1945.

ANORDNUNG

Alle ehemaligen Mitglieder der aufgelösten NSDAP und ihrer Gliederungen (SS, SA, NSKK, NSFK, HJ, NS-Frauenschaft), die Besitzer eines Führerscheines oder Eigentümer eines Kraftfahrzeuges sind, haben sich in der Zeit

vom 20. bis 22. August 1945

bei der für ihre Wohnung zuständigen Polizeidienststelle (Polizeirevier, Revier-Zweigstelle, Polizeiposten) zu melden.

Bei der Meldung sind abzugeben: Führerschein, Kraftfahrzeugbrief oder Typenschein und Kraftfahrzeugschein.

Grünberger e. h.
Polizeidirektor.

Fahrzeuge sind rar. Alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder müssen nach einem Erlass der Zivilverwaltung Mühlviertel im August 1945 ihren Führerschein abgeben. Ihre Fahrzeuge werden beschlagnahmt. (Abbildung: Archiv der Stadt Linz)

sammenarbeit. Die Abgeordneten wählen Karl Renner zum ersten Bundespräsidenten der Zweiten Republik.

Bei der oberösterreichischen Landtagswahl siegt die ÖVP mit 59 % der Stimmen überlegen vor der SPÖ. Die KPÖ verfehlt ein Landtagsmandat. Landeshauptmann wird Heinrich Gleißner, der dieses Amt bereits im autoritären „Ständestaat“ ausgeübt hat.

Sowjetische Offiziere, Landeshauptmann Heinrich Gleißner, Bürgermeister Ernst Koref und Staatsbeauftragter Johann Blöchl feiern 1953 auf der Nibelungenbrücke das Ende der sowjetischen Zonenkontrolle. (Foto: Oberösterreichisches Landesarchiv)

Johann Blöchl, der Staatsbeauftragte für die Zivilverwaltung Mühlviertel, gehört nun als Landesrat der oberösterreichischen Landesregierung an. So wird die Einheit des geteilten Bundeslandes während der Besatzungszeit gewahrt.

In der Stadt Linz verbucht die SPÖ mit Bürgermeister Ernst Koref, den die US-Amerikaner bereits zu Kriegsende eingesetzt haben, eine Mehrheit von 59 % der Stimmen. Damit beginnt die Ära Gleißner und Koref, die bis in die 1960er Jahre dauert. Sie steht für die Zusammenarbeit von ÖVP und SPÖ beim Wiederaufbau in Oberösterreich und Linz.

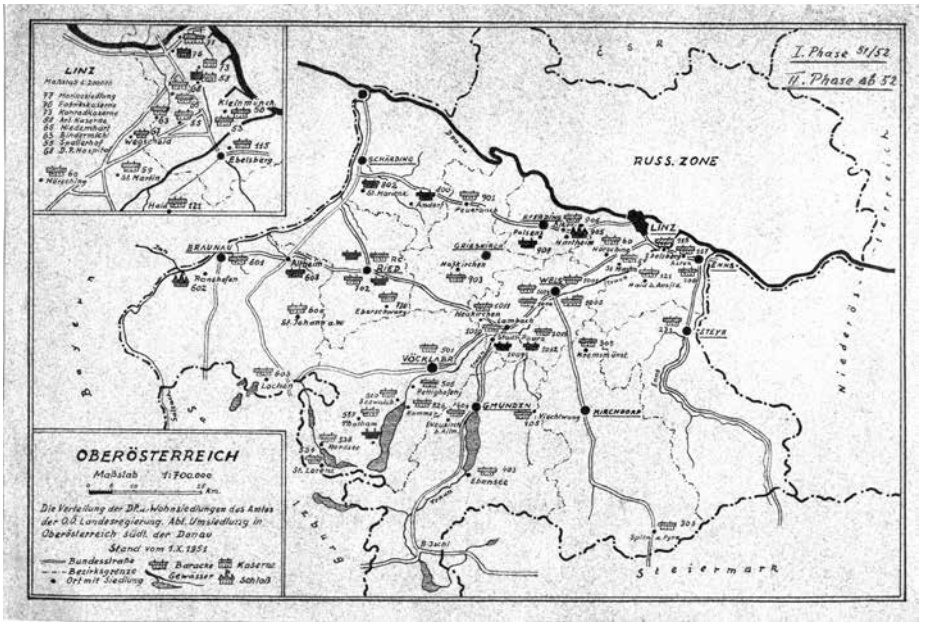
Welche Lebensverhältnisse herrschen im Oberösterreich der Nachkriegszeit?

Versorgungskrise

Im Chaos des Kriegsendes bricht die Versorgung der Bevölkerung fast zusammen. Die Zuteilung von Lebensmitteln, Brennstoffen, Kleidung erfolgt jahrelang über Bezugsscheine. Vor allem in den Städten herrscht Hunger. In Linz geben große Gemeinschaftsküchen billige Tagesgerichte aus. Die Alliierten helfen mit Konservennahrung.

1947 kommt der erste Transport mit Heimkehrern aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft in Linz an. Tausende kehren nicht zurück, viele finden zerbrochene Beziehungen vor. (Foto: Archiv der Stadt Linz)

Zum Hunger kommen Seuchengefahr, Wohnungsnot und häufige Plünderungen. Der Schwarzmarkt blüht, dort werden tausendfach überhöhte Preise für Lebensmittel, Zigaretten oder Alkohol bezahlt. Gezahlt wird ab Ende 1945 wieder mit dem Schilling. Obwohl Hilfslieferungen aus dem Ausland einsetzen (insbesondere die Care-Pakete aus den USA), ist die Versorgung 1946/47 besonders schlecht, denn Oberösterreich muss mehr Lebensmittel an Wien abgeben. Wer kann, nützt seine Verbindungen zu Bauern. Alfred Hudec aus Enns, in der Nachkriegszeit ein Kleinkind, erinnert sich an die Lebensmittelpakete der befreundeten Bauernfamilie Miesenberger aus Neumarkt im Mühlkreis: „Fortan bekamen wir Pakete, vor allem zur Weihnachtszeit, lange bis in die fünfziger Jahre. Speck, Butterschmalz, Mehl, Grieß und dergleichen waren drinnen.“[416] Die Familie Miesenberger veranschaulicht die wichtige wirtschaftliche Rolle der Frauen im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit: Die Bäuerin und ihre drei Töchter bewirtschaften zu Kriegsende den Hof. Auch nach dem Krieg sind es dann oftmals die Frauen, die für das Überleben der Familien sorgen. „Heimgekehrt sind im Juni und in der ersten Juli-Hälfte 14 Steyregger. 80 werden noch sehnlichst erwartet“, heißt es am 18. Juli 1946 in der Wochenzeitung „Mühlviertler“.[417] Viele Männer kehren, falls überhaupt, erst nach Jahren aus der Kriegsgefangenschaft zurück. Für manche dauert die sowjetische Kriegsgefangenschaft bis in die 1950er Jahre.



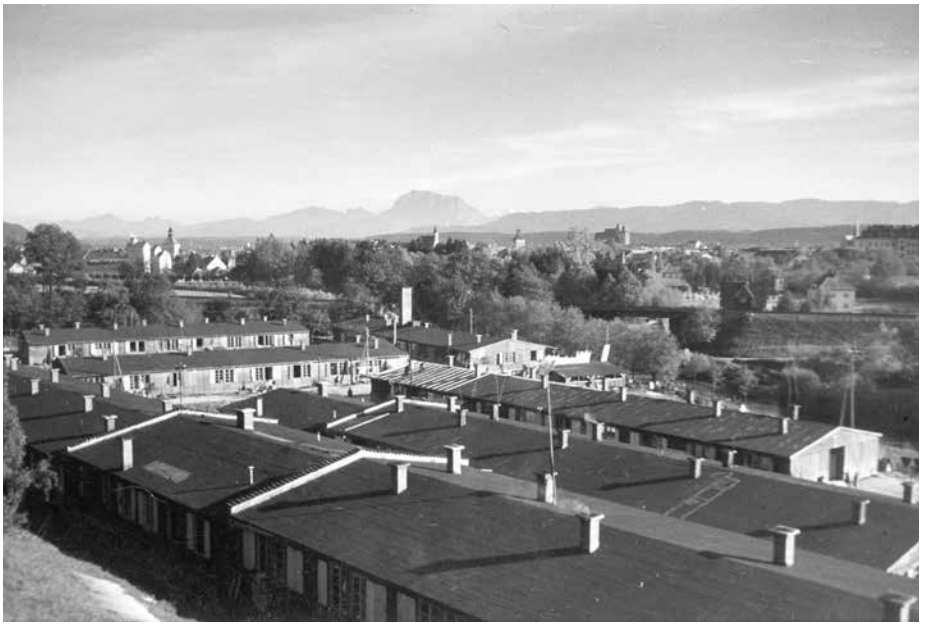
Die Karte zeigt die Flüchtlingslager in Oberösterreich im Jahr 1951. (Abbildung: Oberösterreichisches Landesarchiv)

„Flüchtlingsland“ und „Barackenland“

Zu Kriegsende stranden in Oberösterreich rund eine Million Menschen, mit denen sich die Bevölkerung des Landes verdoppelt: Befreite und Gefangengenommene, Soldaten und Zivilisten, Flüchtlinge und Vertriebene. Diese „Landfremden“ – so lautet der Sprachgebrauch der Zeit – stammen aus Deutschland, Österreich, der Sowjetunion, Frankreich, Italien, Ungarn, Polen, Jugoslawien, der Tschechoslowakei, insgesamt aus etwa 25 Nationen.[418]

Hunderte Lager in der amerikanischen Besatzungszone machen Oberösterreich zu einem „Flüchtlingsland“ und „Barackenland“.[419] Bis Ende 1945 organisieren die US-Besatzer und die Landesregierung den Transport vieler dieser entwurzelten Menschen, von den US-Amerikanern „Displaced Persons“ (DPs) genannt, in ihre Heimat- oder Zielländer. Im Februar 1946 befinden sich noch über 200.000 DPs in Oberösterreich. Die größte Gruppe unter ihnen sind die „Volksdeutschen“ aus Osteuropa. Nicht wenige werden bleiben.

Zwischen 10.000 und 20.000 Juden und Jüdinnen, Überlebende des Holocaust aus Osteuropa, leben 1946/47 in oberösterreichischen DP-Camps. Die größten Lager sind in Linz (Bindermichl, Ebelsberg, Wegscheid), Haid, Steyr und Wels. Die jüdischen Flüchtlinge wollen nicht zurück in ihre Herkunftsländer, wo sie – wie bei einem blutigen Pogrom in Polen 1946 – bedroht werden. Bis 1950 ziehen die meisten auf abenteuerlichen Wegen dank der jüdischen Fluchthilfe Bricha nach Palästina bzw. Israel weiter. Die jüdischen DPs werden von den Amerikanern und von internationalen Organi-



Die Wohnsiedlung 105 in Vöcklabruck, die im Zweiten Weltkrieg als Lager für das Flugwachkommando entstanden ist. In den Nachkriegsjahren sind dort hunderte „Volksdeutsche“ untergebracht: Donauschwaben, Sudetendeutsche und Deutsche aus Siebenbürgen. Heute befindet sich an der Stelle die Wohnanlage Europahof.
(Abbildung: Oberösterreichisches Landesarchiv)

Essensausgabe im jüdischen DP-Camp Bindermichl in Linz.
Im Camp Bindermichl leben die jüdischen DPs in großen Wohnblocks („Hitlerbauten“). Sie entfalten ein reges kulturelles und politisches Leben.
(Foto: Oberösterreichisches Landesarchiv/ National Archives Washington)

sationen versorgt. Viele sind nach NS-Verfolgung, Flucht und Lagern traumatisiert, sie betrachten Österreich als „Feindesland“.[420] In der Bevölkerung erregen die Besserstellung jüdischer DPs und ihr manchmal forsches Auftreten Neid und Empörung. Dadurch bekommt vielerorts „der in Österreich tief verwurzelte Antisemitismus neue Aktualität“.[421] In Bad Ischl protestieren im August 1947 einige hundert Ischler Frauen

mit einer Hungerdemonstration gegen die Kürzung von Frischmilch. Kommunistische Redner putschen die Demonstrierenden auf, auch NS-Anhängerschaft mischt sich unter die Menge. Sie strömt vor das Hotel „Goldenes Kreuz", in dem jüdische DPs untergebracht sind, und ruft „Heil Hitler!", „Hoch Stalin!" und „Schlagt die Juden tot!"[422] Ein US-amerikanisches Gericht verurteilt daraufhin einige Kommunisten und Kommunistinnen, unter ihnen Raimund Zimpernik, einen Widerstandskämpfer der NS-Zeit, zu Haftstrafen bis zu 15 Jahren. In der Öffentlichkeit werden Proteste gegen das Urteil laut. Die österreichische Regierung interveniert bei den US-Behörden und erreicht eine drastische Verringerung der Strafen.

Wiederaufbau

Die Alliierten beanspruchen das Deutsche Eigentum in Österreich, das ist jeder Besitz, an dem das Deutsche Reich mit mehr als 10 % beteiligt war. Fast alle großen Betriebe fallen darunter. Für die Sowjetunion stellt das eine Kriegsentschädigung dar. Sie fasst die Betriebe im USIA-Konzern zusammen. In Oberösterreich führt die USIA den Steinbruchbetrieb im ehemaligen KZ Gusen weiter.

Anders als die Sowjets übergeben die US-Besatzer 1946 das Deutsche Eigentum dem Staat Österreich. Die Republik verstaatlicht die ehemaligen Linzer Hermann-Göring-Werke als Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke AG (VÖEST), die Linzer Österreichische Stickstoffwerke AG und das Aluminiumwerk Ranshofen, um den Wiederaufbau und Ausbau der Betriebe zu ermöglichen; staatliche Banken halten die Aktienmehrheit bei der Steyr-Daimler-Puch AG und der Zellwolle Lenzing AG. Die Belegschaft der VÖEST verringert sich „durch den Abgang der im Unternehmen beschäftigten ‚Fremdarbeiter', Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge von 19.000 auf 4.400".[423] „Volksdeutsche" Flüchtlinge schließen die Lücke. Auch die im Nationalsozialismus durch Zwangsarbeit begonnenen Ennskraftwerke Ternberg und Großraming gehen nach einigen Jahren der Fertigstellung in Betrieb. Doch von Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen will man noch sehr lange nichts wissen.

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung steht und fällt die Zustimmung zur Demokratie. Der Durchbruch gelingt dank der massiven Wirtschaftshilfe der USA mit dem European Recovery Program (ERP), nach dem US-Außenminister George C. Marshall auch Marshallplan genannt. Der Plan verfolgt das Ziel, Österreich in das westliche Wirtschaftssystem einzugliedern. Eine Milliarde Dollar fließt von 1948 bis 1953 nach Österreich und trägt zum enormen Wirtschaftsaufschwung bei.

Gewerkschaft und Unternehmervertretung beginnen einen neuen Stil der Zusammenarbeit: die Sozialpartnerschaft. Sie handeln ab 1947 die Löhne aus, um Marktwirtschaft, Wirtschaftswachstum und Sozialleistungen zu sichern. Ihre Bewährungsprobe muss die Sozialpartnerschaft im Herbst 1950 bestehen. Die Preise und Löhne klaffen

so weit auseinander, dass die Arbeiterschaft von Linz und Steyr zu zehntausenden auf die Straße geht. Die sozialistisch dominierte Gewerkschaft bekämpft den Streik und seine kommunistischen Anführer, denen sie Pläne zum politischen Umsturz vorwirft.

Wie geht die Nachkriegsgesellschaft mit der NS-Vergangenheit um?

Entnazifizierung?

Eine Maßnahme der ersten Stunde ist das Verbotsgesetz, das die provisorische österreichische Regierung zu Kriegsende erlässt. Es gilt bis heute und verbietet die NSDAP mit all ihren Gliederungen. Ehemalige Angehörige der NSDAP und ihrer wichtigsten Organisationen wie SS und SA müssen sich nach Kriegsende registrieren lassen. In der US-Besatzungszone tritt das Gesetz 1946 in Kraft.

Bis dahin verhaftet die US-Militärregierung nach eigenen Richtlinien alle NS-Funktionäre und höheren Beamten, darunter auch Mitglieder der ersten provisorischen Landesregierung. Für die ehemaligen Nationalsozialisten errichten die Amerikaner das Lager Glasenbach (Camp Marcus W. Orr) bei Salzburg. Höhere NS-Funktionäre bleiben dort bis 1947 inhaftiert. So werden sie zwar für einige Zeit von politischen Schaltstellen ferngehalten, doch zugleich bestärken sie sich in Glasenbach in ihrer Ideologie und schlüpfen gemeinsam in die Rolle von „Opfern“: Ihrem rassistischen Weltbild entsprechend empfinden sie es als schreckliche „Erniedrigung“, dass „Neger, Mestizen, Mexikaner und Polen“ nun ihre Bewacher sind.[424]

Im Frühjahr 1946 umfasst die Liste der registrierten ehemaligen Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen in Oberösterreich über 90.000 Personen, rund drei Viertel Männer und ein Viertel Frauen, etwa 7 % der Bevölkerung. Sie werden mit Geldbußen, Gehalts- und Pensionskürzungen sowie Berufsverboten belegt. 1947 unterscheidet eine neue Fassung des Verbotsgesetzes „Belastete“ (SS-Angehörige und NS-Funktionäre) und „Minderbelastete“ (Mitläufer und einfache Parteimitglieder). Sie teilen sich in Oberösterreich 1:9 auf. Die „Minderbelasteten“ erhalten das Wahlrecht zurück, und 1948 beschließt der Nationalrat ihre Begnadigung (Amnestie). Übrig bleiben in Oberösterreich um 1950 knapp 6.000 „Belastete“. Bis 1957 fallen auch für sie alle Einschränkungen weg.

Wichtigstes Ziel der Entnazifizierung ist es letztlich, die „Ehemaligen“ rasch in das demokratische Österreich zu integrieren. Nach anfänglicher Härte kommen Registrierte vielfach in den Genuss von Ausnahmeregelungen. ÖVP und SPÖ, Landeshaupt-

Eine Maßnahme zur „Umerziehung“ der Menschen: Die US-Amerikaner konfrontieren die Bevölkerung durch Fotos in Schaufenstern mit den vorgefundenen Gräueln in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. (Foto: Oberösterreichisches Landesarchiv/ National Archives Washington)

mann Gleißner und Bürgermeister Koref, einigen sich auf eine sehr milde Vorgangsweise. Gleißner weist darauf hin, dass eine systematische Entnazifizierung dem Land jene Fachkräfte entziehen würde, die es zum Wiederaufbau braucht; deshalb solle „nach sorgfältiger Erwägung aller Interessen und Umstände individuell“ entschieden werden.[425] In Oberösterreich machen die Registrierten im öffentlichen Dienst 30 % aus, bei den höheren Beamten und der Lehrerschaft sogar um 70 %. Die Hälfte von ihnen bleibt in Amt und Würden, viele werden nach kurzer Zeit wieder eingestellt. Auch parteipolitische Interessen sind im Spiel. Mit der Amnestie für die „Minderbelasteten“ beginnt 1948 zwischen ÖVP und SPÖ das Tauziehen um zehntausende Wählerstimmen. Ehemalige NSDAP-Mitglieder machen in den Parteien Karriere. Weltpolitisch wirft der Kalte Krieg seine Schatten. Als Hauptfeind gilt nun der Kommunismus, nicht mehr der Nationalsozialismus.

Die halbherzige Entnazifizierung hat ihren Preis: Eine „kritische und breite Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie“ unterbleibt.[426] NS-Gedankengut kann unter der Oberfläche weiterleben. „Glauben Sie, daß der Nationalsozialismus eine schlechte Idee war oder eine gute Idee, die nur schlecht durchgeführt wurde?“, lautet die Frage einer US-amerikanischen Langzeitstudie 1946–1948.[427] Ein Drittel bis die Hälfte der Befragten hält den Nationalsozialismus für eine gute Idee.

Eine neue Partei, der Verband der Unabhängigen (VdU), bietet ab 1949 dem dritten Lager, den deutschnational Gesinnten, eine politische Heimat. Sie melden sich bei den Wahlen in diesem Jahr eindrucksvoll zurück. Während sie bei der Nationalratswahl fast 12 % erreichen, ist es bei der oberösterreichischen Landtagswahl beinahe das Doppelte: knapp 21 %. In der Stadt Linz wird der VdU zweitstärkste Partei hinter der SPÖ. Nach wechselvollen Wahlergebnissen in den folgenden Jahren geht aus dem VdU 1955 die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hervor.

Heimrad Bäcker (1925–2003) war Gefolgschaftsführer der HJ in Linz und Hitler-Bewunderer. Die US-Amerikaner zeigen ihm und vielen anderen NS-Funktionären die schrecklichen Zustände im befreiten KZ Mauthausen. Für Bäcker beginnt damit die selbstkritische Auseinandersetzung mit seiner Lebensgeschichte. Als Schriftsteller beschäftigt er sich später mit den Spuren der NS-Verbrechen in der Sprache.
(Foto: Franz Linschinger)

Die Volksgerichte

In den Nürnberger Prozessen stellen die Alliierten ab Herbst 1945 führende NS-Täter vor Gericht, unter ihnen den Oberösterreicher Ernst Kaltenbrunner. Auch Österreich schafft 1945 eigene Gerichte zur Verfolgung der nationalsozialistischen Untaten: die Volksgerichte.

Volksgerichtssenate, bestehend aus zwei Berufsrichtern und drei Schöffen, urteilen in Wien, Graz, Innsbruck und Linz. In einer der ersten Verhandlungen des Volksgerichtes am Landesgericht Linz wird im Frühjahr 1946 eine Linzerin, die 1938 ein Ehepaar wegen NS-kritischer Äußerungen bei der Gestapo angezeigt hat, zu einem Jahr Kerker verurteilt. Neben solchen Fällen von Denunziation befasst sich das Volksgericht häufig mit illegaler NS-Aktivität vor 1938. Schwere und schwerste Strafen stehen auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit laut Kriegsverbrechergesetz 1945. Begleitet von großem Echo in der Presse finden am Linzer Volksgericht Prozesse wegen Morden an KZ-Häftlingen während der „Mühlviertler Hasenjagd" im Februar 1945 statt. Prominentester Angeklagter ist der ehemalige Landrat (NS-Bezirkshauptmann) des Kreises Linz-Land, Adolf Dietscher, der als Leiter einer Volkssturmgruppe einen geflüchteten Häftling erschossen hat. Dietscher versucht zu leugnen, doch wird ihm zum Verhängnis, dass er sich im Februar 1945 mit dem Mord gebrüstet hat: „Einen KZler habe ich aus einem Saustall herausgezogen. (…) Ich habe ihn dann umgelegt", sagte er nach Aussage seiner Sekretärin in einem Telefongespräch.[428] Dietscher erhält zehn Jahre Kerker. Nach drei Jahren wird er vom Bundespräsidenten begnadigt.

Die intensive Tätigkeit der Volksgerichte erstreckt sich bis 1949, dann werden die Urteile seltener und milder. Österreichs Wille zur Verfolgung der NS-Verbrechen erlahmt, doch die Alliierten bestehen auf einer Weiterführung der Volksgerichte bis 1955. Von den rund 23.500 Urteilen aller Volksgerichte sind gut die Hälfte Schuldsprüche (in Linz knapp 2.000). 30 Todesurteile werden vollstreckt, eines davon 1948 in Linz. Befremdlich wirkt, dass diese einzige Hinrichtung in Linz nicht einen NS-Täter, sondern einen jüdischen Funktionshäftling aus dem KZ Gusen betrifft, der Mithäftlinge ermordet hat. Spätestens 1955 sind alle vom Linzer Volksgericht zu langen Haftstrafen Verurteilten wieder frei.

Der Südtiroler Johann Gogl war SS-Unteroffizier in den KZ Mauthausen und Ebensee. Nach 1945 lebt er als Uhrmacher in Ottnang am Hausruck. 1972 und 1975 wird ihm in Linz und Wien der Prozess gemacht. „Die Ottnanger Bevölkerung initiierte eine Unterschriftenliste, mit der sie Gogl als einen ‚anständigen Menschen' unterstützen wollte."[429] Viele KZ-Überlebende bezeugen, dass er Häftlinge schwer misshandelt und getötet hat. Das Geschworenengericht spricht Gogl frei. International ist die Empörung groß. Der Prozess gegen Johann Gogl ist eines der letzten Verfahren der österreichischen Justiz wegen NS-Gewaltverbrechen. (Foto: Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen)

In den 1960er und 1970er Jahren gibt es nur mehr 49 Anklagen gegen NS-Täter in Österreich. 28 enden mit – teilweise skandalösen – Einstellungen des Verfahrens oder Freisprüchen durch Geschworenengerichte.

Wiedergutmachung – für wen?

Schon 1946 erklärt der ÖVP-Landesparteitag in Salzburg die Wiedergutmachung zur „Frage brennendster Dringlichkeit" – jedoch nicht die Wiedergutmachung für die Geschädigten des Nationalsozialismus, sondern für die von der Entnazifizierung Betroffenen.[430] Täter und Täterinnen werden in Österreich zu „Opfern". 1952 verlangen über 170 frühere Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen, die im Mai 1945 zu Beerdigungen und Aufräumarbeiten im befreiten KZ Ebensee herangezogen wurden, sogar Schadenersatz für ihre „Zwangsarbeit" – in diesem Fall vergeblich. „Diese Leute befleissigen sich heute, Ansprüche zu stellen, während ihre Opfer bis heute noch keine Entschädigung bekommen haben", empört sich der Ebenseer KPÖ-Gemeinderat Anton Rietzinger.[431] Kaum sind die Besatzungsmächte 1955 abgezogen, bekommen die während der Entnazifizierung entlassenen Beamten ihre Pensionsansprüche zurückerstattet. Auch SS-Dienstzeiten werden für die Pension angerechnet.

Hingegen läuft die Entschädigung für die tatsächlichen Opfer der NS-Zeit zögerlich an. Das Opferfürsorgegesetz 1947 beschränkt den Bezug einer Rente auf österreichische politisch Verfolgte und jüdische Opfer. Nur ein gutes Dutzend der oberösterreichischen Juden und Jüdinnen kehrt nach dem Krieg zurück. Man nimmt sie nicht mit offenen Armen auf. Ernst Töpfer, bis 1938 Antiquitätenhändler in der Linzer Altstadt, zieht 1948 wieder nach Linz. Die langwierigen und großteils vergeblichen Bemühungen um Rückerstattung seines Eigentums zermürben ihn. Als gebrochener Mann kehrt er in sein Exilland Israel zurück. Seine in Israel lebende Tochter berichtet: „1956 ist er hierher gekommen, aber er hat sich schwer eingeführt, er war so ein Linzer."

Wie entwickelt sich die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit bis heute?

Ein Schlussstrich ohne Ende

Ernst Koref, Linzer Bürgermeister und SPÖ-Landesparteiobmann, selber Verfolgter im Nationalsozialismus, meint 1949 über die vielen Mitläufer und Mitläuferinnen in der NS-Zeit: „Machen wir einen dicken Strich unter das Ganze, sagen wir: Es war

Der Holocaust-Überlebende Simon Wiesenthal (1908–2005) wird im KZ Mauthausen befreit. Nach 1945 baut er in Linz die Jüdische Historische Dokumentation auf, die bis 1954 Zeugenaussagen jüdischer Überlebender sammelt. 1961 gründet er das Jüdische Dokumentationszentrum in Wien. Wiesenthal liefert entscheidende Informationen zur Auffindung von NS-Tätern, allen voran von Adolf Eichmann und Franz Stangl. (Foto: APA-PictureDesk)

Franz Kain (1922–1997) aus Goisern schließt sich als Jugendlicher dem kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus an. Das Foto zeigt Franz Kain (im Vordergrund) in dieser Zeit. Nach dem Krieg ist er Autor und KPÖ-Politiker in Linz. Kain behandelt als literarischer Pionier in seinen Erzählungen bereits in den 1970er Jahren Themen der oberösterreichischen NS-Geschichte. (Foto: Zeitgeschichte Museum Ebensee)

nichts!“[433] Ende der 1940er Jahre zieht das offizielle Österreich – und Oberösterreich – einen Schlussstrich unter die ernsthafte Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit. Im Staatsvertrag mit den Alliierten 1955 erreicht Österreich seine Unabhängigkeit und beschließt in der Folge seine Neutralität. Es gelingt in letzter Minute, einen Passus über Österreichs Mitverantwortung für den Nationalsozialismus aus dem Staatsvertrag zu streichen.

Während die Politiker nach dem Krieg gegenüber den Alliierten gerne auf den (zahlenmäßig geringen) österreichischen Widerstand verweisen, um Österreichs Opferrolle zu betonen, gerät der Widerstand innenpolitisch zunehmend in Misskredit. Wenn

die KPÖ immer wieder an ihn erinnert, ist das für die anderen Parteien kommunistische Propaganda. Ein anderes Gedenken überzieht ab 1950 flächendeckend das Land. Zahllose Kriegerdenkmäler entstehen, die „nicht nur der Trauer um gefallene Angehörige und Gemeindebürger dienen, sondern ein Bekenntnis zu den Soldaten und ihrem Kampf abgeben."[434] Die meist in der Nähe der Dorfkirche errichteten Denkmäler verehren die gefallenen „Helden" der Deutschen Wehrmacht. Parteien und Kirche bemühen sich um die ehemaligen Wehrmachtssoldaten und die Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft. Im Kameradschaftsbund, der die Gedenkfeiern inszeniert, halten sich mitunter nationalsozialistische Einstellungen. Obwohl die österreichische Opferrolle und dieses Heldengedenken nicht zusammenpassen, existieren beide Erinnerungsformen lange nebeneinander.

Heftige öffentliche Debatten wie die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975 spülen das unterdrückte Thema der NS-Vergangenheit manchmal hoch. Angestachelt vom offiziellen Desinteresse versuchen in diesen Jahrzehnten verschiedene Akteure und Akteurinnen, die Beschäftigung mit der NS-Geschichte in Gang zu bringen. Überlebende und Angehörige kümmern sich um die oberösterreichischen Gedenkstätten, die zeitgeschichtliche Forschung beginnt (an der Universität Linz, durch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in Wien, durch Harry Slapnicka und Peter Kammerstätter), antifaschistische Studierende gehen in Wien auf die Straße, Bücher und Filme erscheinen (wie Axel Cortis Spielfilm über den Kriegsdienstverweigerer Franz Jägerstätter 1971), Geschichts- und Politikinitiativen nehmen sich Anfang der 1980er Jahre der NS-Geschichte ihres Ortes an, etwa in Vöcklabruck oder Wels: Es gärt gegen die Abwehr Österreich-kritischer Erinnerung.

Vom Opfermythos zur Mitverantwortung

In eine Phase wachsender Sensibilität im Inneren und gesteigerter internationaler Aufmerksamkeit platzt 1986 die Debatte um die Kriegsvergangenheit des österreichischen Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim. Offenbar war er als Wehrmachtssoldat Mitwisser von Kriegsverbrechen auf dem Balkan. Waldheim geht jedoch darauf nicht ein, sondern zieht sich auf den Satz zurück, er habe im Krieg „wie Hunderttausende andere Österreicher" nur seine „Pflicht als Soldat" erfüllt.[435] Damit tritt der Widerspruch zwischen „Opfer" und „Pflicht" in der österreichischen Erinnerungspolitik plötzlich auch international offen zutage. Waldheim wird zwar zum Präsidenten gewählt, doch der österreichische Opfermythos zerfällt.

Dieser „Bruch des traditionellen Geschichtsbildes" von der NS-Vergangenheit hat weitreichende Folgen.[436] Während in rechtsextremen Kreisen, oft im Bereich der FPÖ, der Nationalsozialismus weiterhin verharmlost wird, bekennt sich das offizielle Österreich zur Mitverantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen. Das schlägt sich nicht nur in Aussagen führender Politiker und Kirchenmänner nieder, sondern

auch in konkreten Maßnahmen für die – tatsächlichen – Opfer. Die Roma und Sinti werden 1988 als Opfergruppe und 1993 als österreichische Volksgruppe anerkannt. 1995 gründet das österreichische Parlament den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus. Der Fonds leistet Entschädigungszahlungen für bisher missachtete Gruppen wie Zwangssterilisierte, Euthanasieopfer, Homosexuelle und so genannte „Asoziale". Von 1998 bis 2003 untersucht eine Kommission von österreichischen Historikern und Historikerinnen den Vermögensentzug im Nationalsozialismus. Unter dem Druck drohender Sammelklagen aus den USA richtet Österreich im Jahr 2000 den Versöhnungsfonds ein, der Entschädigungen an ehemalige Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auszahlt. Ebenfalls aus Anlass von Sammelklagen beginnt Österreich 2005 mit Entschädigungszahlungen für geraubtes jüdisches Vermögen. Im selben Jahr werden die Urteile der NS-Militärjustiz aufgehoben und Deserteure können eine Unterstützung beantragen.

Viele Betroffene erleben diese Maßnahmen nicht mehr. Am Beispiel des Versöhnungsfonds: 155.000 Menschen reichen um Entschädigung ein – weniger als ein Sechstel der einen Million Menschen, die in Österreich Zwangsarbeit geleistet haben. Bürokratische Hürden erschweren es, die Ansprüche geltend zu machen. Alle Zahlungen bewegen sich in einer Größenordnung, die weniger einer Entschädigung als einer symbolischen Geste gleicht. Doch diese Geste hat für die Menschen durchaus Bedeutung. Zur seelischen und körperlichen Verletzung durch erlittenes Unrecht, zur Verbitterung über vorenthaltene Wiedergutmachung und zum Schmerz über alles Verlorene kommt die Erfahrung einer späten Gerechtigkeit.

Seit 1998 gilt nach einem Beschluss des Parlamentes der 5. Mai, der Tag der Befreiung des KZ Mauthausen, als österreichischer „Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus".

Welche Gedenkstätten für die Opfer der NS-Zeit entstehen in Oberösterreich?

Auch in der oberösterreichischen Erinnerungslandschaft kommt mit den 1980er Jahren vieles in Bewegung. Die Intensität der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte nimmt zu: durch literarische Texte (Elisabeth Reichart, Erich Hackl, Ludwig Laher, Franzobel), durch Spielfilme (Andreas Gruber, Stefan Ruzowitzky), durch viele regionale Forschungsinitiativen ebenso wie durch große Forschungsprojekte (Ar-

Landeshauptmann Heinrich Gleißner begrüßt die Festgäste bei der Befreiungsfeier 1946 im ehemaligen KZ Mauthausen am Fuß der „Todesstiege". Politische KZ-Überlebende organisieren jährlich im Mai Befreiungsfeiern, die erst seit den 1970er Jahren größere Aufmerksamkeit in der österreichischen Gesellschaft erfahren. Zwischen 1995 und 2000 wird die Gedenkstätte sogar „Bühne und Konzertsaal" für kulturelle Großveranstaltungen, was auch Kritik auslöst.[437] In der Nachfolge des Häftlingsverbandes veranstaltet das Mauthausen Komitee Österreich die Befreiungsfeiern an der KZ-Gedenkstätte. (Foto: Fotoarchiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen)

chiv der Stadt Linz, Oberösterreichisches Landesarchiv, Universität Linz) und nicht zuletzt durch eine Vielzahl von Denkmälern und Gedenktafeln im ganzen Land. Der Verschüttete Raum im Linzer Schlossmuseum widmet sich seit 2011 der lange verschütteten Geschichte der oberösterreichischen Juden und Jüdinnen und Roma und Sinti. Eine besondere Funktion haben in Oberösterreich die Gedenkstätten, die an Orten der NS-Verbrechen entstanden sind. Sie ziehen zahlreiche Besucher und Besucherinnen an.

Mauthausen, Gusen, Ebensee, Hartheim, Steyr

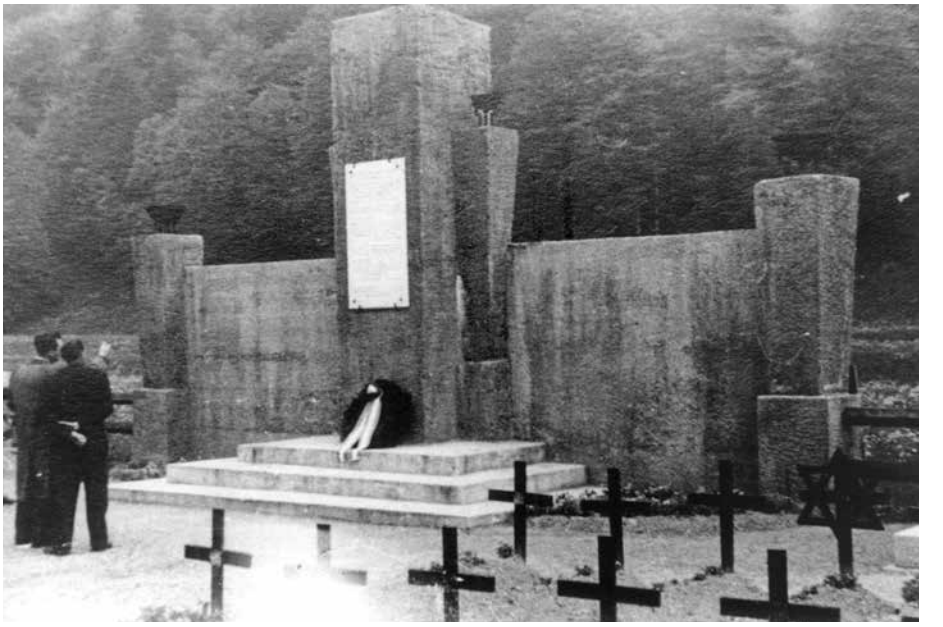
Das von der US-Armee befreite Konzentrationslager Mauthausen wird von der Roten Armee kurz als Truppenunterkunft benützt. 1947 übergeben die Sowjets das ehemalige Lager der Republik Österreich zur Errichtung einer Gedenkstätte. Ein österreichisches Komitee von ehemaligen politischen KZ-Häftlingen wirkt an ihrer Gestaltung mit. 1949 wird sie eröffnet. Zunächst verwaltet das Land Oberösterreich die KZ-Gedenkstätte Mauthausen, ab 1971 das Innenministerium. Sie bewahrt einige zentrale Gebäude des ehemaligen Lagers und umfasst ein großes Gelände, auf dem sich Friedhöfe, ein Denkmalbezirk und der Steinbruch mit der „Todesstiege" befinden. 1970 wird die erste Dauerausstellung installiert, 2013 tritt eine neue an ihre Stelle. Seit Jahrzehnten erfüllt die Gedenkstätte ihre Rolle als zentraler österreichischer Ort der Vermittlung von NS-Geschichte für Schulklassen. Pro Jahr besuchen rund 200.000 Menschen aus dem In- und Ausland die Gedenkstätte.

Hans Maršálek (1914–2011) bei einer Gedenkfeier an der KZ-Gedenkstätte Mauthausen. Maršálek war als Kommunist Häftling des KZ Mauthausen. Nach 1945 wird er zum maßgeblichen Historiker des Lagers. Er schreibt das grundlegende Buch über das KZ Mauthausen und gestaltet die 1970 eröffnete erste Dauerausstellung an der KZ-Gedenkstätte. (Foto: Fotoarchiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen)

Eine Schulklasse besucht im Jahr 1949 das ehemalige KZ Mauthausen. (Foto: Österreichische Nationalbibliothek/ Hilscher)

Von der NS-Vergangenheit zur Gegenwart

Nach der Befreiung des KZ Ebensee entsteht direkt an der Straße nach Bad Ischl ein Friedhof für KZ-Opfer mit einem Denkmal. Es trägt die Aufschrift, dass es „zur ewigen Schmach des deutschen Volkes“ erbaut wurde. Deutsche Touristen beschweren sich. 1952 betten die Behörden die Toten auf einen Friedhof in der Gedenkstätte Ebensee um und sprengen das Denkmal.
(Foto: Zeitgeschichte Museum Ebensee/Franco Ferrante)



Gedenktafel im Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim: Nach dem frühen Gedenken für die in Hartheim ermordeten KZ-Häftlinge erhalten die Opfer der NS-Euthanasie erst ab den 1970er Jahren ihren Platz in der Erinnerung.
(Foto: Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim)

Ganz anders verläuft die Nachgeschichte des gleich großen KZ Gusen. Die Sowjets führen den Steinbruch als USIA-Betrieb bis 1955 weiter. Wenige Gebäude des KZ überdauern, sie werden von Privaten erworben und umgebaut. Internationale Opferverbände errichten bei den Überresten des Krematoriums ein Memorial, während die Gemeinde den Großteil des Geländes um 1960 in eine Siedlung verwandelt. Eine lokale Geschichtsinitiative hält die Erinnerung an die NS-Geschichte wach. Seit 2004 existiert in Gusen ein vom Innenministerium errichtetes Besucherzentrum.

Das ehemalige KZ Ebensee dient nach der Befreiung als Lager für SS-Angehörige und danach für DPs. Ende der 1940er Jahre ersetzt die Gemeinde das Lager durch eine Wohnsiedlung. Von den KZ-Gebäuden verschwindet fast alles. Nach der Beseitigung des ersten Friedhofes wird ein neuer KZ-Friedhof angelegt und nach und nach mit nationalen Denkmälern ausgestattet. Ein regionaler Geschichtsverein installiert mit Unterstützung der wissenschaftlichen Forschung 1997 in einem der Stollen des ehemaligen Lagers eine Ausstellung. 2001 öffnet das Zeitgeschichte Museum Ebensee im Ortszentrum seine Tore.

In der ehemaligen Tötungsanstalt Schloss Hartheim wohnen ab 1945 Flüchtlinge und Hochwassergeschädigte. Der französische Opferverband stellt 1950 ein erstes Denkmal für in Hartheim ermordete KZ-Häftlinge auf. 1969 weiht der Landeswohltätigkeitsverein nahe dem Schloss eine Betreuungseinrichtung für behinderte Menschen und gleichzeitig eine Gedenkstätte im Schloss ein. Die früheren Tötungsstätten im Schloss wurden bis dahin von den Hausparteien als Abstellräume benützt. Doch Schloss Hartheim bleibt weiterhin Wohnhaus. Erst Ende der 1990er Jahre sorgen ein Verein und das Land Oberösterreich für die Gestaltung des Schlosses als Lern- und Gedenkort. Er wird 2003 eröffnet. Die Ausstellung „Wert des Lebens“ rückt die Geschichte des gesellschaftlichen Umgangs mit geistig und körperlich behinderten Menschen in den Mittelpunkt.

Der Stollen der Erinnerung in Steyr ist die jüngste oberösterreichische Gedenkstätte. Sie geht auf eine lokale Initiative zurück. Seit 2013 zeigt eine Ausstellung in einem Luftschutzstollen, den KZ-Häftlinge graben mussten, die Geschichte von Steyr im Nationalsozialismus.

Das ehemalige Tor- und Gefängnisgebäude („Jourhaus“) des KZ Gusen, in dem die SS Folterungen durchführte und Morde verübte. Private Besitzer haben es zu einer Villa umgebaut.
(Foto: Bernhard Mühleder)

Der Stollen der Erinnerung in Steyr
(Foto: Andreas Buchberger)

Vergangenheit und Gegenwart

Jährliche Befreiungs- und Gedenkfeiern mit vorwiegend internationaler Beteiligung haben an den KZ-Gedenkstätten Mauthausen, Gusen und Ebensee sowie im Schloss Hartheim eine lange Tradition. Das Gedenken an die Opfer ist eine zentrale Aufgabe dieser Orte. Ihre zweite, ebenso wichtige Aufgabe besteht darin, die Geschichte der nationalsozialistischen Verbrechen so zu erzählen, dass die Vergangenheit mit dem Blick auf Opfer, Täter und Zuschauer begreifbar wird – und dass Besucher und Besucherinnen mit ihren Fragen der Gegenwart an die Geschichte anknüpfen können.

Lebensgeschichten

Richard Groher: Lange „vergessenes“ Opfer

Ab den 1980er Jahren engagieren sich in vielen Gemeinden Menschen für die Errichtung von Gedenktafeln und Gedenkstätten für bisher „vergessene“ Opfer des Nationalsozialismus. Diese Initiativen lösen oft einen emotionalen und kontroversen Diskussionsprozess aus. Der Fall Richard Groher ist dafür ein Beispiel.

Einer, der den Mund aufmacht

Richard Groher, 1902 in Vöcklamarkt geboren, arbeitet als Bergmann und Kaminfeger. Er ist belesen und philosophiert gerne über Politik und Gerechtigkeit. Vor Kollegen und Freunden äußert er sich immer wieder kritisch gegen das nationalsozialistische Regime. In seiner Wahlheimat, der bäuerlich-katholisch geprägten Gemeinde Zell am Pettenfirst, ist der „Zuagroaste“ als Kommunist in Verruf. Im Sommer 1943 erzählt ihm ein Fronturlauber auf einer Zugfahrt von den Gräueltaten der deutschen Soldaten an der russischen Zivilbevölkerung. Groher ist darüber so entsetzt, dass er diese Neuigkeit umgehend mit einer Kundin in Lenzing, bei der er den Kamin fegt, bespricht. „Wir müssen den Krieg verlieren, weil wir ansonsten so und so verloren sind“, meint er erregt.[438] Die Frau denunziert ihn. Kurz darauf wird Richard Groher verhaftet und wenige Monate später in Berlin wegen „Wehrkraftzersetzung“ und „Feindbegünstigung“ hingerichtet.

Trauerverbot und Drohungen

Wenige Tage darauf erhält seine Frau Theresia Groher ein Paket mit seiner Kleidung und einem kurzen Abschiedsbrief. Sie und ihre dreizehnjährige Tochter Elfriede bekommen Besuch von den örtlichen NS-Funktionären, die ihr verbieten, öffentlich um ihren Mann zu trauern. Denn er sei ein Verräter und sie selbst müssten nach dem „Endsieg“ ohnehin „dran glauben“, warnen sie Mutter und Tochter.[439] Die Drohung wirkt bis weit über das Kriegsende hinaus. Noch Jahrzehnte später lehnt Theresia Groher ein Angebot ab, den Namen ihres Mannes auf einer Wiener Gedenktafel für Opfer des Widerstandes zu nennen. Sie hat Angst vor möglichen negativen Folgen für ihre Familie. Theresia Groher stirbt in den 1980er Jahren. Auf ihren ausdrücklichen Wunsch wird sie nicht in ihrem Heimatort Zell am Pettenfirst begraben.

Kein öffentliches Gedenken

Anfang der 1950er Jahre wird in dem kleinen Dorf – wie in den meisten anderen Gemeinden auch – das Kriegerdenkmal eingeweiht, das den gefallenen und vermissten Männern gewidmet ist. Richard Groher hat auf diesem Denkmal keinen Platz, auch nach dem Krieg gilt er als Verräter. Über sein Leben und Schicksal sprechen die Menschen nur hinter vorgehaltener

Die 2005 errichtete Gedenktafel für Richard Groher (Foto: Maria Ecker)

Hand. Über die Jahre entsteht so eine ganze Reihe an falschen Informationen. Groher sei gegen Kriegsende desertiert und deshalb hingerichtet worden, wird etwa getuschelt.

Anfang der 1990er Jahre wirbelt Pfarrer Josef Friedl mit einer provokanten Aktion mächtig Staub auf. Hunderte Kirchgeher trauen ihren Ohren nicht, als beim Beten der Allerheiligenlitanei plötzlich ein „heiliger Richard Groher" angerufen wird. Viele schütteln den Kopf, andere horchen auf. An den Stammtischen wird heftig diskutiert.

Die Kulturgruppe Zell E, bekannt für die Aufführung von Theaterstücken, die sich kritisch mit Österreichs NS-Vergangenheit befassen, regt die Umgestaltung des Kriegerdenkmals in ein „Anti-Kriegerdenkmal" an, auf dem alle Opfer aufscheinen sollen. Das führt zu heftigen Auseinandersetzungen, auch innerhalb der Gruppe selbst.

Gedenktafel als Schlussstrich?

Im 1999 erschienenen Zeller „Heimatbuch" erzählt Autor Johann Dannbauer, was ihm über die Geschichte von Richard Groher bekannt ist – und gibt damit den Anstoß für weitere Nachforschungen und Initiativen. 2005 bildet sich eine Gedenkinitiative, die die Errichtung einer Gedenktafel für Richard Groher einfordert. Die Reaktionen sind gemischt. Einzelne beschimpfen Groher nach wie vor als Verräter und stellen sich vehement gegen die Gedenktafelpläne. Die Mehrheit jedoch begrüßt und unterstützt das Vorhaben, Gemeinde und die Pfarrgemeinde übernehmen die Initiative und die Verantwortung für die Errichtung der Gedenktafel. Aber die Diskussionen um ihren Standort und ihre Beschriftung zeigen deutlich die unterschiedlichen Vorstellungen der Beteiligten. Möglichst abgelegen soll die Tafel angebracht werden und möglichst nichtssagend soll sie sein, hoffen die einen. Eine Gedenktafel im Zentrum mit klaren Informationen zum Leben und Sterben Richard Grohers fordern hingegen die anderen. Letztlich wird die Tafel am Kirchplatz in unmittelbarer Nähe des Kriegerdenkmals angebracht – mit einer Inschrift, die mehr verschleiert, als sie verrät.

Seitdem bleibt es ruhig um das Gedenken an Richard Groher. Ein weiterer, selbstkritischer Diskussionsprozess über seinen Platz in der dörflichen Erinnerungskultur steht noch aus.

Quelle:
Maria Ecker, Spätes Gedenken. Richard Groher, 1902–1943, in: betrifft Widerstand. Zeitschrift des Zeitgeschichte Museums Ebensee, November 2005, S. 37–39.

Peter Kammerstätter: Forscher und Volksbildner

Peter Kammerstätter ist im kommunistischen Widerstand tätig und wird nach dem Krieg zum Pionier der oberösterreichischen NS-Forschung. Er dokumentiert die Erzählungen der „kleinen Leute", macht seine Ergebnisse einem breiten Publikum bekannt und stößt damit viele weitere Projekte an.

Der „narrische Sportler"

Peter Kammerstätter, 1911 in Triest geboren, übersiedelt mit seinen Eltern 1919 nach Linz. Die Einheimischen behandeln die Familie abweisend, beschimpfen sie als „Katzelmacher", eine damals gebräuchliche Beleidigung für italienische Zuwanderer. Nach dem Ersten Weltkrieg herrscht große Not. Die hungernden Arbeiter und Arbeiterinnen gehen in Linz auf die Barrikaden, streiken und plündern. Diese Aktionen machen auf den Heranwachsenden großen Eindruck. Nach dem Schulbesuch absolviert Peter Kammerstätter eine Lehre als Elektroschlosser und wird schon als Berufsschüler gewerkschaftlich tätig. Bald engagiert er sich auch in der Sozialistischen Arbeiterjugend und bei den Naturfreunden. Der junge Mann entspricht ganz dem sozialistischen Ideal dieser Zeit: Er ist nicht nur ein leidenschaftlicher Bergsteiger, Schiläufer, Ruderer und Leichtathlet, stets hat er auch ein Buch im Gepäck. In seinem Umfeld ist Peter Kammerstätter als der „narrische Sportler, der nix trinkt und nix raucht", bekannt und geachtet.[440]

Kommunistischer Kämpfer

1933 tritt Peter Kammerstätter der illegalen KPÖ bei. Nach den Februarkämpfen 1934 sammelt er Geld für die politischen Gefangenen und die Familien der Opfer (Rote Hilfe). Seine Genossen und Genossinnen wählen ihn in die Landesleitung der Partei, bis 1938 muss er wegen seiner politischen Betätigung mehrmals in Haft. Auf einer Gestapoliste kurz nach dem „Anschluss" scheint auch Kammerstätters Name auf. Er sei „fanatisch" und bedürfe „steter Beobachtung", heißt es da.[441] Am Tag des Kriegsausbruchs wird er verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Im Jänner 1940 kommt er überraschend frei, weil ihn seine Firma Sprecher & Schuh als „kriegsnotwendig unabkömmlich" anfordert. Kammerstätter muss sich aber täglich bei der Polizei melden, seiner Widerstandstätigkeit geht er – mit äußerster Vorsicht – trotzdem weiter nach: Er kümmert sich um ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in seiner Firma.

Nach 1945 ist Peter Kammerstätter als Parteiangestellter der KPÖ tätig, ab 1948 als deren Landessekretär. Besonders wichtig ist ihm die Bildungsarbeit. Er setzt sich dafür ein, dass in der Linzer KP-Zentrale eine umfangreiche Bibliothek entsteht. 1950 heiratet er Elisabeth Diasek, eine KZ-Überlebende, die ihn in seinem Engagement stets unterstützt. Ende 1963 kommt es zum Bruch mit der KPÖ, Peter Kammerstätter scheidet aus allen Parteifunktionen aus und kündigt seine Anstellung.

Peter Kammerstätter auf der Postalm (Foto: Zeitgeschichte Museum Ebensee/Ernst Schuller)

Der phantastische Vermittler

Ab 1967 beginnt ein neuer Lebensabschnitt als Historiker und Volksbildner. Ihn stört, dass „über die Großen geschrieben wird, und über die Kleinen wird nicht geschrieben. Es wird nicht geschrieben über die, die gekämpft haben, die eingesperrt wurden, die gefoltert und getötet wurden (…) darin sehe ich meine Aufgabe."[442] Peter Kammerstätter macht sich auf die Suche nach den Erzählungen der einfachen Leute und erforscht die regionale NS-Geschichte: den Todesmarsch der ungarischen Juden und Jüdinnen, die Widerstandstätigkeit im Salzkammergut, die „Mühlviertler Hasenjagd". Er sammelt unermüdlich Materialien, trägt Dokumente und Fotos zusammen und führt im Laufe der Jahre hunderte Interviews. In seiner Wohnung türmen sich in allen Räumen die gesammelten Materialien und Bücher. Doch er möchte nicht nur forschen, sondern seine Ergebnisse auch einem möglichst breiten Publikum vermitteln. Als Volksbildner beeindruckt er eine ganze Generation von Geschichtsinteressierten. Er hält keine abgehobenen Vorträge, sondern spricht die Teilnehmenden direkt an, geht auf ihre sozialen und biografischen Hintergründe ein. „Er konnte phantastisch erzählen und seine Zuhörer fesseln. Dass er dabei mehrfach vom begonnenen Erzählstrang abwich und Anekdoten einfließen ließ, störte überhaupt nicht", erinnert sich Wolfgang Quatember, Leiter des Zeitgeschichte Museums Ebensee – dessen Gründung Peter Kammerstätter in den späten 1980er Jahren anregt und einleitet.[443] Auch seine Wanderungen zu den Stätten von Widerstand und Verfolgung sind legendär und werden noch lange nach seinem Tod weitergeführt. Für seine unermüdliche Arbeit erhält Peter Kammerstätter zahlreiche Auszeichnungen und den Berufstitel Professor. Er stirbt 1993. Drei Jahre nach seinem Tod bringt die Stadt Linz an seinem Wohnhaus eine Gedenktafel an.

Quelle:
Günther Grabner, Peter Kammerstätter. Biographie eines Widerstandskämpfers, Linz 2011.